



## BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 24.9.2005

**LESERBRIEF**

OP 24.09.2005

### Bürger wollen Marburgs Ruf erhalten

**Zum Artikel „Stadt verhängt Baustopp für geplantes Bordell“:**

„Mitarbeiter des Bauamtes legen Baustelle für Bordell wegen fehlender Genehmigung still“ titelte die OP. Dazu zitierte sie Oberbürgermeister Egon Vaupel wie folgt: Gerade bei Projekten, die in der öffentlichen Diskussion stehen, wie das geplante Bordell, sei die Sensibilität der Bauaufsicht natürlich besonders geschärft.

Aufmerksame OP-Leser/innen werden das Herrn Vaupel nicht abnehmen; denn bereits im Mai berichtete die OP über den geplanten großen Bordellbetrieb und dass dort ohne die erforderliche Genehmigung gebaut würde. Zwei Monate vergingen also, in denen die Stadt tatenlos und mit scheinbarem Wohlwollen gegenüber den zukünftigen Bordellbetreibern den fortschreitenden

Bauarbeiten zusah.

Wie dem OP-Bericht zu entnehmen ist, war für die Bauaufsicht erst Ende Juli Handlungsbedarf angesagt, nachdem die BürgerInneninitiative in einem Schreiben an den Oberbürgermeister einen Baustopp für das geplante Bordell gefordert hatte. Soviel zu der besonders geschärften „Sensibilität der Bauaufsicht“.

Die Verantwortung für die Genehmigung des geplanten Bordellbetriebes mit Tabledance und Sexshop liegt allerdings nicht beim Bauamt, sondern bei den politischen Entscheidungsträgern der Stadt, die jetzt zeigen können, was sie unter bürgernaher Politik verstehen. Denn viele Marburger Bürger/innen sagen ein klares Nein dazu, dass sich in der Siemensstraße ein „Gewerbe“ im großen Stil niederlässt, dessen allein menschenrechtliche Problematik schon gegen eine Ge-

nehmigung spricht.

Sie wollen nicht, dass sich Marburg mit einem Bordell dieser Größenordnung zu einem mittelhessischen Zentrum für so genannte „Sexkunden“ macht. Sie lehnen es ab, dass mit dem geplanten Etablissement eine Besucher Klientel angelockt wird, die vor allem für junge Menschen ein äußerst fragwürdiges Menschenbild vermittelt: die Frau als Ware. Die Bürger/innen wollen, dass der gute Ruf Marburgs als Universitäts- und Kulturstadt nicht beschädigt wird; denn da die „Sexbranche“ boomt, dürfte mit der Nummer 10 der Siemensstraße der Anfang für Marburgs Rotlichtmilieu gemacht werden.

Wollen das die politischen Mandatsträger wirklich verantworten?